

**Eine kurze Zusammenfassung zur Situation
von LSBTIQ* und queerer Politik nach der
Wahl des bayerischen Landtags im Oktober 2018**

erstellt von

Uschi
Unsinn
Polit Dragqueen

Vorwort:

Im Vorfeld zum Idahot oder Idahobit 2018 wurden für die Aktion „Aktionsplan queeres Bayern“ bayernweit Erstunterzeichner gesucht. Neben den 27 Mitgliedsorganisationen des Bündnisses gegen Trans- und Homophobie in der Metropolregion Nürnberg, haben bayernweit 22 weitere Organisationen mitunterzeichnet. Eine Onlinepetition verlief leider nicht so erfolgreich. Am 07.11.2018 beschloss der LSVD Bayern, das Bündnis gegen Trans- und Homophobie in der Metropolregion Nürnberg und Uschi Unsinn, gerade im Hinblick auf den neuen Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern, diese Aktion zu forcieren und weiter auszubauen. Im letzten Jahr (2018) der vergangenen Legislaturperiode wurden 2 Anträge von Claudia Stamm (Vielfalt akzeptieren, Queer Beauftragte*n für Bayern ernennen, sowie Schaffung der Position einer Landesbeauftragten, bzw. eines Landesbeauftragten für queere Geflüchtete), ebenso wie eine Anfrage von Ludwig Hartmann zur Finanzierung von Vereinen, Einrichtungen und Organisationen, die sich mit den Themen Beratung und Aufklärung von jugendlichen LGBTIQ*s und deren Angehörige befassen, mit allen Stimmen, der damaligen absoluten Mehrheit der CSU abgelehnt. Der letzte Satz der Antwort des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales lautet: Sie wird von der Staatsregierung nicht für erforderlich erachtet.“ Im nachfolgenden finden Sie eine kurze Analyse zu den Wahlprogrammen der 6 nun im Landtag vertretenen Parteien, sowie zum Koalitionsvertrag: Für ein bürgernahes Bayern.

Wollen wir Veränderungen für einen Aktionsplan Queeres Bayern, bleibt uns nichts anderes übrig als selbst tätig zu werden.

Der erste Schritt dazu ist das Lesen dieser wenigen Seiten.

Nürnberg im November 2018

Uschi Unsinn
polit. Dragqueen

Die Wahlprogramme von Bündnis90/Die Grünen, der SPD und der FDP, stehen zur Idee eines Aktionsplanes queeres Bayern und nehmen diese Idee auf.

Weltoffenes und queeres Bayern

Wir treten für ein weltoffenes, buntes und sicheres Bayern für alle ein und kämpfen für Freiheit und Anerkennung, Respekt und Akzeptanz für alle Menschen.

Ein selbstbestimmtes Leben muss für jede*n jederzeit und an jedem Ort ohne Angst möglich sein.

Die Ehe wurde letztes Jahr für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet. Unser jahrzehntelanger Kampf hat sich gelohnt. Doch es bleibt noch viel zu tun für uns, um eine **vollständige Gleichstellung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Intersexuelle und Queers (LSBTIQ*)** in Bayern zu erreichen. Wir werden einen **Aktionsplan für Antidiskriminierung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller Vielfalt** auflegen, um alltägliche Diskriminierung, Intoleranz und Anfeindungen bis hin zu gewaltsamen Übergriffen zu beenden. Was in den Ballungszentren vielfach von engagierten Institutionen angeboten wird, fehlt im ländlichen Raum in ganz Bayern nahezu vollständig. Wir schaffen zum einen **niederschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote** für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Zum anderen setzen wir auf Kampagnen zur Steigerung von Akzeptanz in Tagesstätten, Schulen und Ausbildungsstellen. Der Bildungsplan bedarf dringend einer Überarbeitung, um den Schutz von queeren Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten.

Wir fordern des halb eine deutlich erhöhte Sichtbarkeit aller Formen sexueller Vielfalt in den Lehrplänen und setzen auf **Schulung sowie Ausbildung des pädagogischen und psychologischen Personals**.

Ungerechtigkeiten lassen sich nur beseitigen, wenn wir die Ursachen kennen und fundierte Fakten haben. Darum fördern wir die **Geschlechter- und Genderforschung an bayerischen Hochschulen**.

Wir brauchen umfassende **Präventionsmaßnahmen** gegen LSBTIQ* feindliche Kriminalität und **Beratungsstellen für Opfer bei Polizei oder Staatsanwaltschaft**. Straftaten, die sich gegen LSBTIQ* richten, müssen konsequent polizeilich erfasst und verfolgt werden.

Mit uns gibt es endlich eine Bayerische Anti-diskriminierungsstelle. Fachkräfte bei der Polizei und im Gesundheitswesen sensibilisieren wir. Wir wollen das Verwaltungspersonal schulen und sensibilisieren, um

die Rechte von **Trans*-Personen** zu wahren, zum Beispiel durch eine höhere Akzeptanz des DGTI- Ergänzungs-ausweises als Zusatzdokument. Wir schaffen einen besseren, diskriminierungsfreien Zugang zu den notwendigen psychosozialen und psychologischen Beratungsangeboten für **intersexuelle und Trans*-Personen**. Relevante Personen und Einrichtungen klären wir über die besondere Situation intersexueller und Trans*-Menschen auf.

Das Asylrecht ist ein Grundrecht, und dafür stehen wir.

Wir wollen, dass Bayern der besonderen **Schutzbedürftigkeit von queeren Geflüchteten** gerecht wird, werden die derzeitige Abschiebep Praxis stoppen und uns für ihre sichere Unterbringung einsetzen. In Anhörungen müssen Barrieren beseitigt und das Personal umfassend geschult werden. Wir brauchen eine Landeskoordinierungsstelle zur besseren Vernetzung der speziellen Beratungs- und Hilfsmaßnahmen für queere Geflüchtete.

Queeres Bayern

Für die bayerische Sozialdemokratie ist es selbstverständlich, dass Menschen nicht wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität benachteiligt werden dürfen. Queere Lebensweisen, egal ob es sich hierbei um Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente, Transgender oder Intersexuelle (LSBTTI) handelt, sind Teil unserer gesellschaftlichen Gemeinschaft. Die Würde aller Menschen anzuerkennen und vor Ausgrenzung, Diskriminierung, Isolation und Gewalt zu schützen, ist Aufgabe und Herausforderung einer sozialdemokratisch geführten bayerischen Staatsregierung.

Landesaktionsplan gegen Diskriminierung, Homo-, Trans- und Interphobie.

Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen stellt für uns eine wichtige Querschnittsaufgabe dar, welche wir durch eine gezielte Förderung der Akzeptanz in einer landesweiten Kampagne entwickeln möchten. Durch die gemeinsame Erarbeitung eines Landesaktionsplanes werden hierbei in Zusammenarbeit aller Verbände, Initiativen, Vereine, Selbsthilfevereinigungen und Ministerien konkrete Maßnahmen für den Abbau von Diskriminierungen, Homo-, Trans- und Interphobie in Bayern erarbeitet und umgesetzt.

Schwerpunkte müssen hier auf Bildung mit zeitgemäßen altersgerechten Aufklärungskonzepten liegen, im Alter mit einer Identität wertschätzenden Pflege und Begleitung und im Sport mit effektiven Maßnahmen gegen Homo-, Trans- und Interphobie gelegt werden.

Gesambayerische Koordinierungs- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI Fragen.

Wir werden eine Koordinations- und Gleichstellungsstelle für LSBTTI errichten,

um eine gesambayerische Anlaufstelle für die Probleme und Fragen rund um das Thema Diskriminierung zu errichten und lokale Organisationen aktiv zu vernetzen.

Wandel in den öffentlichen Verwaltungen und Ministerien voranbringen Vorbild sein.

Der Freistaat muss Vorbild sein im Umgang mit queeren Mitarbeiter*innen. Deshalb werden wir der Charta der Vielfalt beitreten und in allen Bereichen der Verwaltung und staatlichen Unternehmen queere Mitarbeiter*innengruppen aktiv unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten. Dahingehende Gesetzesentwürfe und Gesetzesvorhaben werden wir bundesweit unterstützen und aktiv fördern. Bayern soll nicht mehr Bremser bei Fortschritten in queerer Gesellschaftspolitik sein

Aktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie

Wir bayerischen Liberalen stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Homo-, Bi- und Transphobie sind genauso wenig akzeptabel wie Rassismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Deshalb fordern wir einen Bayerischen Aktionsplan gegen Homo-, Bi- und Transphobie. Insbesondere durch konkrete Maßnahmen in der Bildung, der Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch die Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Respekt und Akzeptanz gestärkt werden. Wir unterstützen Aufklärungs- und Toleranzprojekte in den Schulen und der Jugendarbeit, aber auch Projekte für homo-, bi- und transsexuelle Senioren und Regenbogenfamilien sowie gegen homo- und transphobe Gewalt. Entsprechende Initiativen aus der Bürgergesellschaft sollen von der Landesebene finanziell stärker gefördert werden. Das gilt auch für Projekte, die die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Menschen nach dem alten §175 StGB wissenschaftlich und didaktisch aufarbeiten.

Diversity im Unterricht

Wir Freie Demokraten unterstützen die Vielfalt in bayerischen Lehrplänen. Nachdem im Juni 2017 die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wurde, soll dies auch durch öffentliche Einrichtungen in Bayern anerkannt werden. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultur soll umgehend, soweit noch nicht geschehen, die Lehrpläne für alle vom Land verwalteten Schulen dahingehend überarbeiten, dass Ehen zwischen zwei Männern oder zwei Frauen als gleichwertig mit der Ehe zwischen Mann und Frau dargestellt werden. Auch verschiedene Formen von nicht ehelichen Partnerschaften und Familien sollen vorurteilsfrei im Unterricht behandelt werden. Darüber hinaus muss moderne Schulpolitik junge Menschen in einer vorurteilsfreien Entwicklung ihrer Persönlichkeit unterstützen. Lehrer brauchen in der Aus- und Fortbildung entsprechende Angebote. Die Arbeit von ehrenamtlichen Schulprojekten gegen Homo- und Transphobie soll von Seiten des Freistaates aktiv gefördert werden.

Im Wahlprogramm der **Freien Wähler** kommt ebenso wie im Wahlprogramm der **CSU** die Themen **LGBTIQ*** und **queer** nicht vor.

Alledings warnt die CSU im Argumente Handbuch zur Landtags- und Bezirkstagswahl 2018 vor einer Frühsexualisierung und wirbt für die klassische Familie.

10 Gründe gegen die Grünen in Bayern

Punkt 9

Die Grünen wollen frühkindliche Sexualisierung in unseren Schulen. Sämtliche Lehrpläne sollen mit dem Ziel deutlich erhöhter Sichtbarkeit aller Formen sexueller Vielfalt überarbeitet werden. An staatlichen Hochschulen soll die Geschlechter- und Genderforschung stärker gefördert werden.

10 Gründe gegen die SPD in Bayern

Punkt 9

Die SPD leidet an Genderwahn auf allen gesellschaftspolitischen Feldern. Die SPD hat ein vollkommen veraltetes Bild von der Frau. Sie geht laut ihrem Wahlporgramm davon aus, dass Frauen in Bayern lediglich zu Schmuckstücken der Männer erzogen würden.

10 Gründe gegen die FDP in Bayern

Punkt 9

Die FDP wertet die klassische Familie ab und wendet sich gegen die Mehrheit in unserer Gesellschaft.

Nach dem Willen der FDP sollen sämtliche Lehrpläne angepasst und unseren Kindern offensiv gleichgeschlechtliche Partnerschaften als „normales“ Familienmodell präsentiert werden. Das von der Mehrzahl der Menschen gelebte Modell der klassischen Familie mit Mutter, Vater und Kindern muss aber auch in Zukunft als solches vermittelt werden, ohne andere Formen der Familie zurückzusetzen.

Kapitel 5

Schutz der Familie

Wir fordern die Wiederherstellung des grundgesetzlich garantierten besonderen Schutzes der Familie als Einheit von Vater, Mutter und Kindern. Alle staatlichen und staatlich geförderten Institutionen sind zu verpflichten, in den Betreuungs- und Bildungseinrichtungen dieses Leitbild vorrangig zu vermitteln.

Kapitel 6

Leistungsorientiertes differenziertes Bildungssystem

6.2.4. Die AfD steht für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne Gender-Ideologie

Aus der UNO kommend manifestierte sich das sogenannte Gender-Mainstreaming in der EU und wird auf dieser Basis auch in Bayern umgesetzt. Umfangreiche Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gleichstellung von Frauen und Männern standen und stehen dafür zur Verfügung – ohne jede Beteiligung der Bürger an der Haushaltskontrolle. Die AfD Bayern fordert, dass in allen bayerischen Bildungsinstitutionen und den zugehörigen Behörden sämtliche Aktivitäten des Gender-Mainstreaming einzustellen sind. Insbesondere sind auch politisch motivierte Eingriffe in den öffentlichen Sprachgebrauch zu unterbinden, wie Binnen-I, Schluss-x und Gender-*

Statt der immer weiteren Durchdringung der Gesellschaft mit der Gender-Ideologie ist das bewährte traditionelle Familienbild zu stärken. Für die bayerische AfD hat das

Kindeswohl die höchste Priorität: Die Indoktrination der Kinder und Jugendlichen durch Frühsexualisierung und die damit verbundenen psychischen und körperlichen Eingriffe in die freie sexuelle Entwicklung sind zu beenden.

Als fächerübergreifende „Sexualpädagogik der Vielfalt“ wird diese Ideologie auch in die Schulen getragen. Deren Methoden und Inhalte verletzen das Schamgefühl von Kindern, weil sie z. B. für Zwölfjährige nicht nachvollziehbare Sexualpraktiken definieren oder über Dienstleistungen informieren. Diese verfehlte Pädagogik ermöglicht Übergriffe und leistet einer Frühsexualisierung Vorschub. Eine bewusste Verunsicherung von Kindern und Jugendlichen in ihrer sexuellen Identität, den Einsatz schulfremder Aktivisten sowie die Vermittlung „erotischer Erfahrungen“ lehnen wir ab. Die AfD steht für die Achtung der Menschenrechte und damit auch des gesetzlich garantierten Rechts der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder gemäß den eigenen weltanschaulichen Überzeugungen, soweit diese auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

6.3. Einheit und Freiheit von Lehre und Forschung

Wir fordern das Einstellen ideologisch motivierter Forschungszweige, wie der Gender-Forschung und einseitig betriebener Klimaforschung.

Auch im **Koalitionsvertrag** der neuen bayerischen Staatsregierung getragen von den Parteien **CSU und Freie Wähler** mit dem Titel

Für ein bürgernahes Bayern

steht nichts von politischem Handeln für LSBTIQ* bz. Queers.

Allerdings steht im Kapitel

Für erstklassige Bildung

Für uns steht fest: Unser Bildungssystem lässt sich nicht allein an Testergebnissen messen. Schule ist der Ort, der unseren Nachwuchs formt. Soziales Verhalten, Erziehung zu Demokratie, Persönlichkeits- und Alltagskompetenzen sowie kreative und emotionale Entwicklung sind elementar für ein nachhaltiges und ganzheitliches Bildungsverständnis. Deswegen verstärken wir unsere Bemühungen um eine Schule, die fürs Leben bildet – ganz nach dem Vorbild unserer Verfassung:

Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.

Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen haben.

Vielfalt ist kein Manko, sondern die Stärke des deutschen Bildungswesens.

Mit diesem Satz auf S. 35 des Koalitionsvertrages von CSU und Freie Wähler wurde unbewusst ausgedrückt, was wir mit unserem Aktionsplan queeres Bayern erreichen wollen.